

Saskia Esken gibt überraschend Rücktritt als SPD-Chefin bekannt!

Saskia Esken tritt als SPD-Chefin zurück, um Erneuerung zu ermöglichen. Kritik an ihrer Führung, Nachfolge diskutiert.



Schleswig-Holstein, Deutschland - Am 11. Mai 2025 kündigte Saskia Esken überraschend ihren Rücktritt als Parteivorsitzende der SPD an. Dies geschah während eines Auftritts im „Bericht aus Berlin“ der ARD, wo sie erklärte, dass sie Platz für Erneuerung schaffen wolle. Esken möchte einer unwürdigen Debatte über ihren Rücktritt zuvor kommen und betont, dass Frauen in der Politik oft härter beurteilt werden als ihre männlichen Kollegen. Diese Aussage beleuchtet die anhaltenden Herausforderungen, mit denen politische Frauen in Deutschland konfrontiert sind.

Esken, die seit 2018 an der Spitze der SPD steht, hat in ihrer Zeit sowohl Unterstützung als auch erhebliche kritische Stimmen

innerhalb der Partei erhalten. Besonders die Jusos in Schleswig-Holstein äußerten Besorgnis über die Konzentration von Macht bei ihrem Co-Vorsitzenden Lars Klingbeil, der mittlerweile die Rolle des Parteichefs, Finanzministers und Vize-Kanzlers inne hat.

Kritik und Rückhalt

Die Kritik an Esken war vielfältig. Sowohl Männer als auch Frauen innerhalb der Partei monierten ihr ungelenkes Auftreten und eine unzureichende Erweiterung des Wählerpotentials. Sie hat in der Vergangenheit ebenfalls durch umstrittene Äußerungen, unter anderem zu Rassismus und einem islamistischen Anschlag, Schlagzeilen gemacht. Trotz dieser Herausforderungen fand Esken jedoch auch Fürsprecher. Der Jusos-Chef lobte ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Verantwortungsbewusstsein.

Esken plane, jüngeren Frauen in der Politik Platz zu machen. Unter den möglichen Nachfolgerinnen wird Bärbel Bas gehandelt. Der nächste Parteitag zur Wahl des neuen Vorsitzenden steht Ende Juni an und könnte somit einen Wendepunkt für die SPD darstellen.

Frauen in der Politik

Der Rücktritt von Esken wirft ein weiteres Licht auf die Unterrepräsentation von Frauen in politischen Ämtern in Deutschland. Laut der **Bundeszentrale für politische Bildung** sind Frauen in Parteien, Parlamenten und Regierungen weiterhin unterrepräsentiert, was sich auch in der Parteimitgliedschaft abzeichnet. 2009 waren etwa 27,7% der rund 1,4 Millionen Parteimitglieder Frauen; dies stellt den niedrigsten Wert unter den großen Parteien dar.

Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag liegt derzeit bei ca. 33%. In der SPD beträgt der Anteil sogar 38%, was ein vergleichsweise positiver Wert im Vergleich zu anderen Parteien

wie der CDU/CSU mit lediglich 20% ist. Doch bleibt der Anteil in den Ländern und Kommunen oft bei nur etwa 25%. Die Gründe für die Unterrepräsentation sind vielfältig: Geringeres Interesse an Politik, männlich geprägte Strukturen und familiäre Verpflichtungen spielen hier eine entscheidende Rolle.

Es bleibt zu hoffen, dass der Rücktritt von Saskia Esken und die anschließende Neuausrichtung der SPD positive Impulse für eine stärkere politische Beteiligung von Frauen bringen. Eine konsequente Geschlechtergleichheitspolitik und ein Wandel in der Wahrnehmung von politischen Frauen könnten entscheidende Schritte in Richtung Gleichstellung sein.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Schleswig-Holstein, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.tagesspiegel.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de